
**»» ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK ‹‹**



MEMORANDUM

Sommerschule 2014

Mehr Steuern für notwendige Investitionen



Das neoliberale Paradigma und seine Folgen

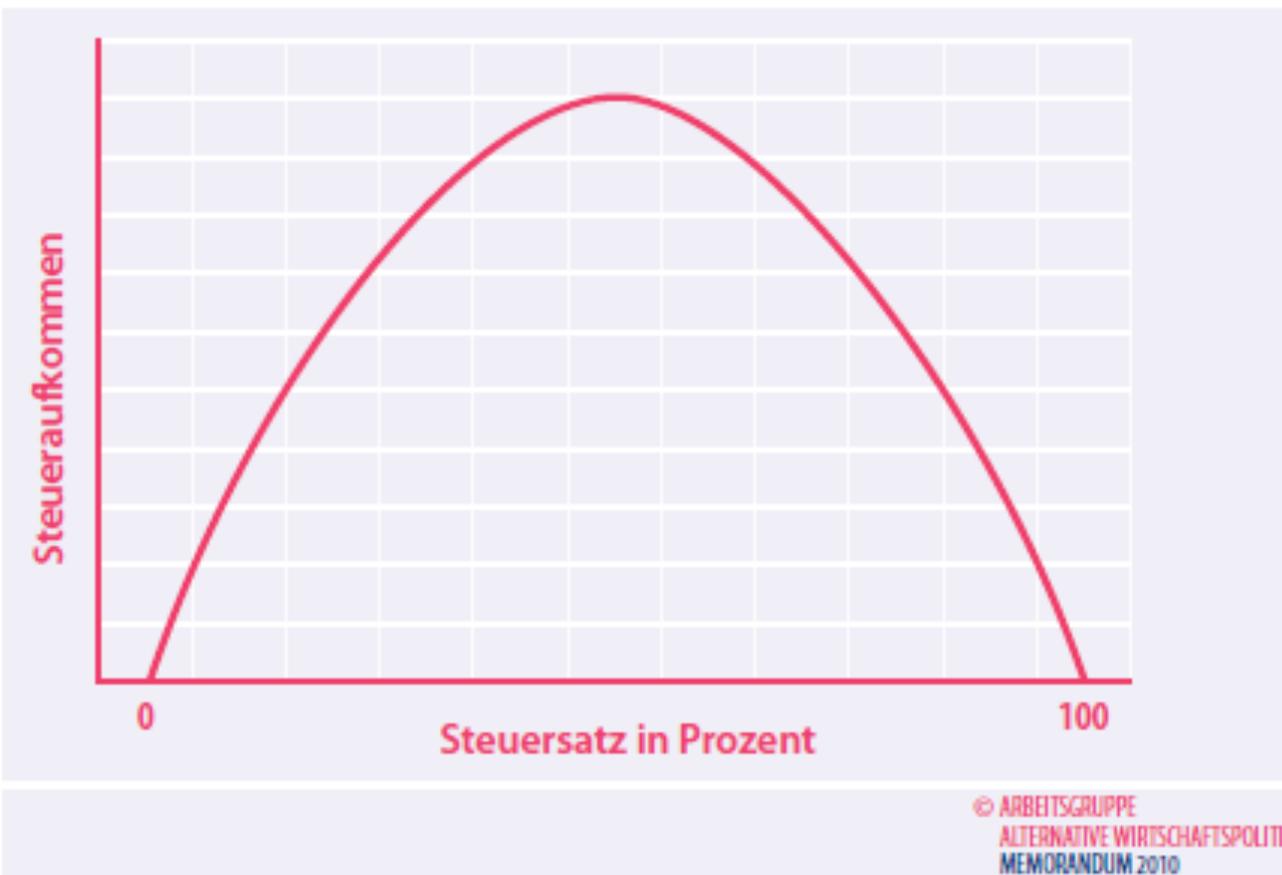
**Staatliche Aktivitäten strangulieren angeblich
privatwirtschaftliche Dynamik.**

**Erstaunlich lange blieben die Steuersysteme
unangetastet. Rot-Grüne Bundesregierung setzte
radikale Steuersenkungen durch.**

**Verheerende Wirkungen auf Staatsfinanzen und
Verteilung.**



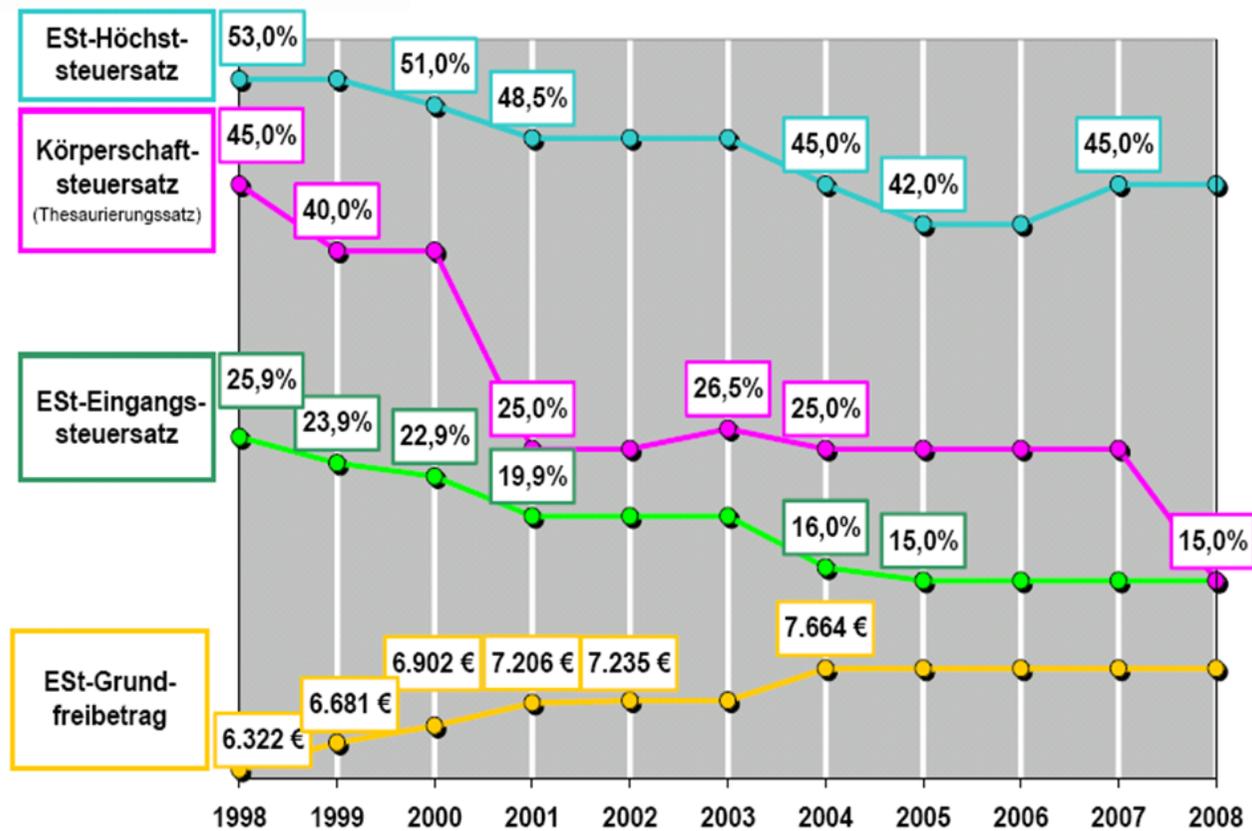
Laffer-Kurve



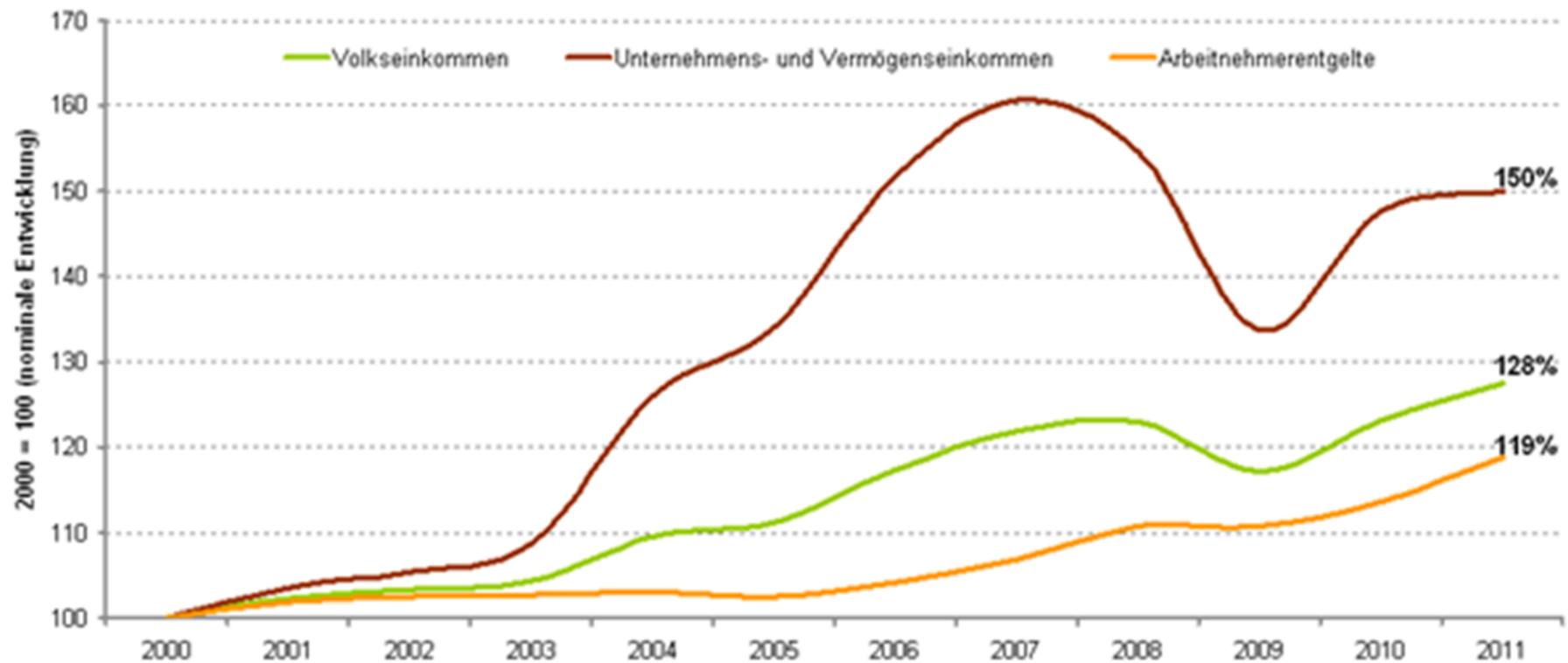


Bundesministerium
der Finanzen

Die Entwicklung der Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie des Grundfreibetrags von 1998 bis 2008



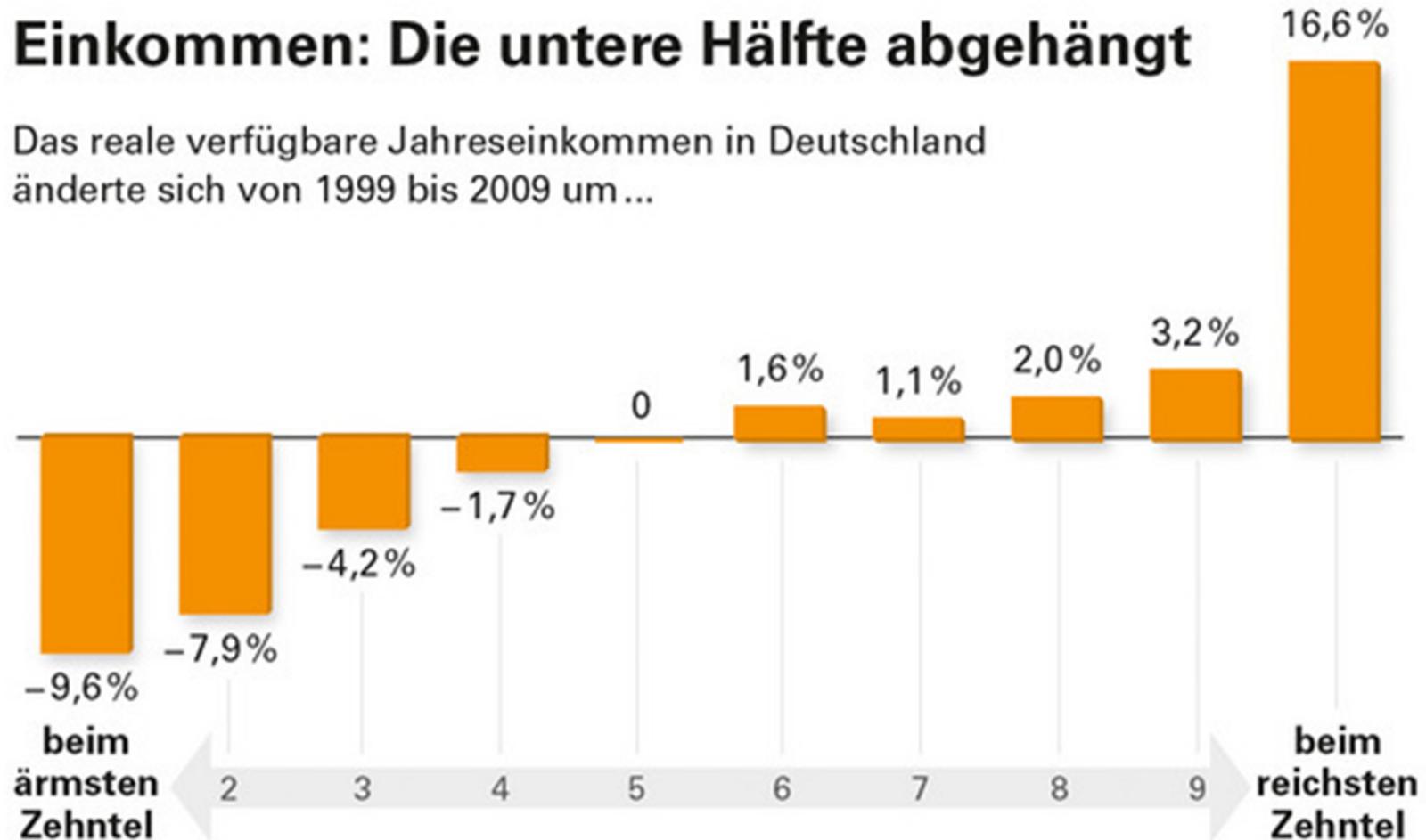
Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker gestiegen als Arbeitnehmerentgelte



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Einkommen: Die untere Hälfte abgehängt

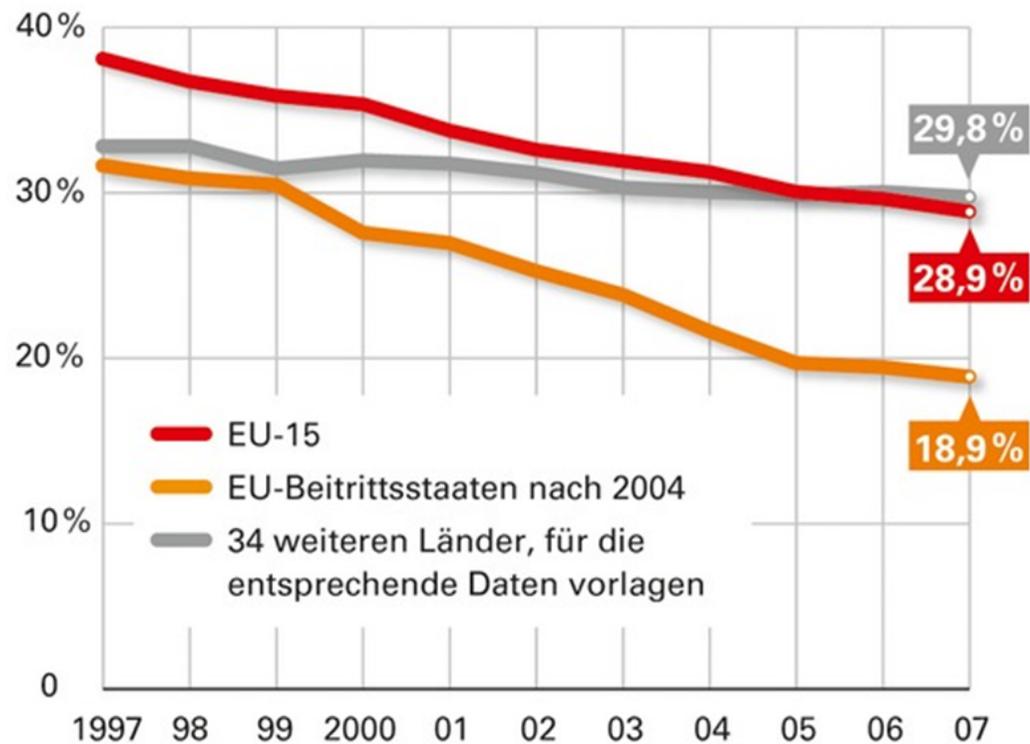
Das reale verfügbare Jahreseinkommen in Deutschland änderte sich von 1999 bis 2009 um...



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Steuerparadies EU

Die Unternehmenssteuern betragen in...



Quelle: Genschel, Kemmerling, Seils 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Neben den Steuersätzen ist bei der Unternehmensbesteuerung Steuergestaltung ein zentrales Problem.

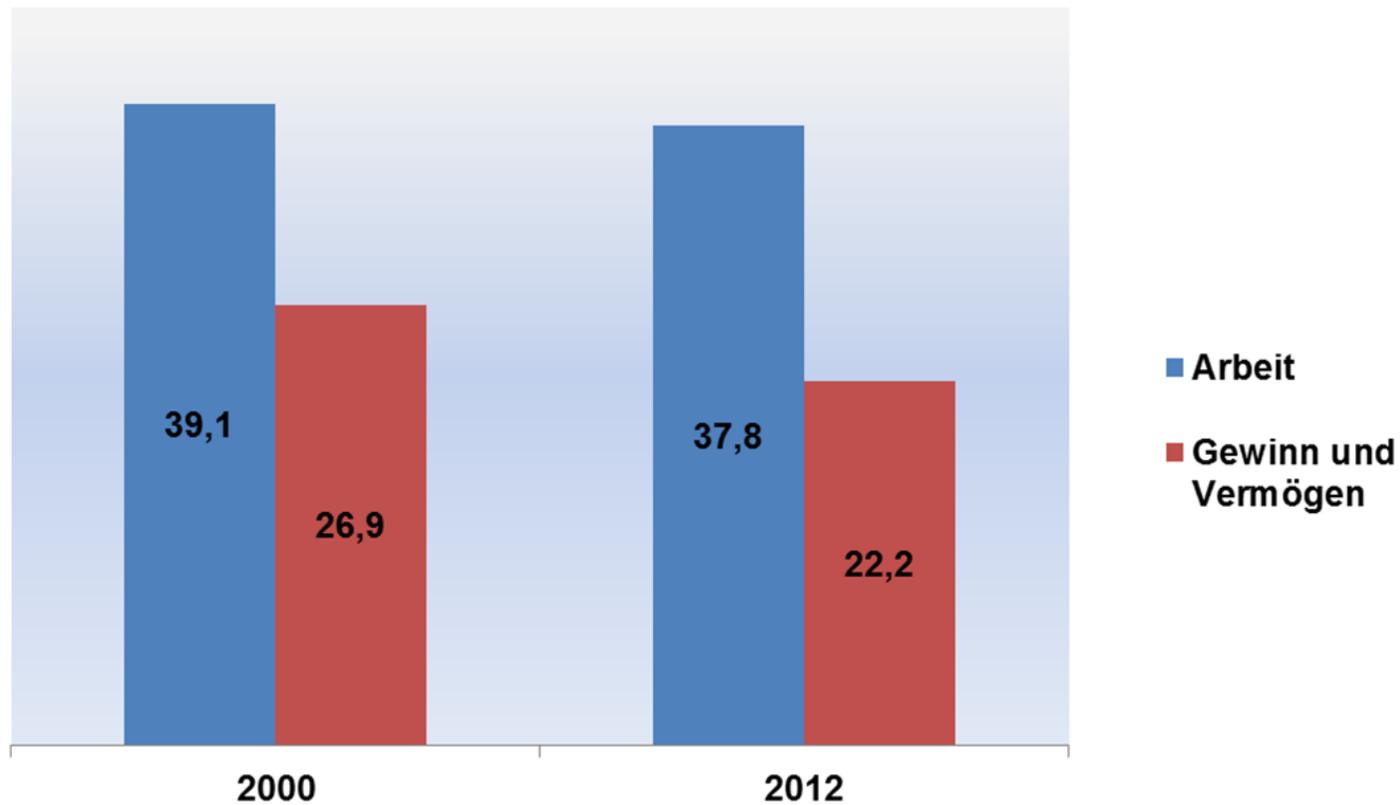
Gerade in jüngster Vergangenheit haben Schlagzeilen über geringe Steuerzahlungen großer Konzerne Furore gemacht. Es gibt Schätzungen, nach denen 1,7 Billionen US-Dollar von amerikanischen Konzernen in Steueroasen schlummern.

Grundlage von Steuersparmodellen sind fast immer Finanzierungen und immaterielle Wirtschaftsgüter. Steueroasen sind dabei aber nicht nur exotische Inseln.

Es „... zeigt sich für den Zeitraum von 2001 bis 2008 eine durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen von 21 Prozent. Dieser effektive Steuersatz ist erheblich niedriger als die tariflichen Steuersätze.“ Ein großer Teil der Gewinne wird nicht erfasst. „Diese Besteuerungslücke bewegte sich im Jahr 2007 in einer Größenordnung von mindestens 120 Milliarden Euro. ...“

- **DIW Wochenbericht 22/23, 2013**

Tatsächliche Steuersätze in Deutschland (in vH) auf Einkommen aus

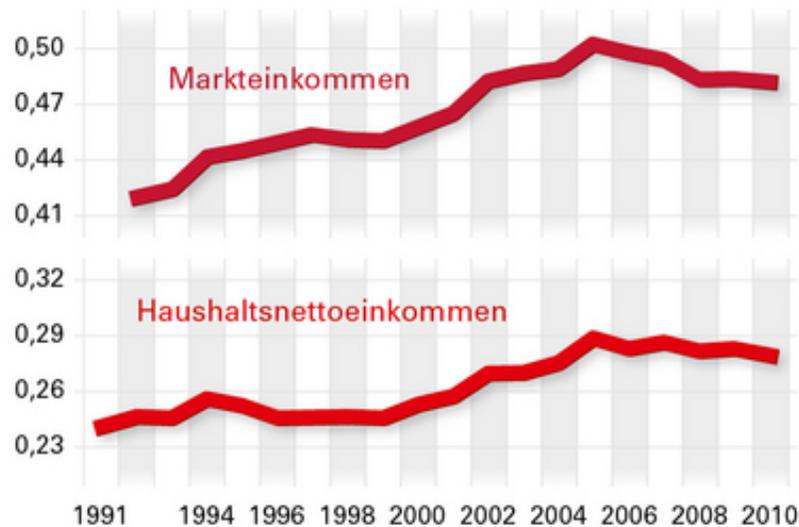


Quelle: EU-Kommission, 2013

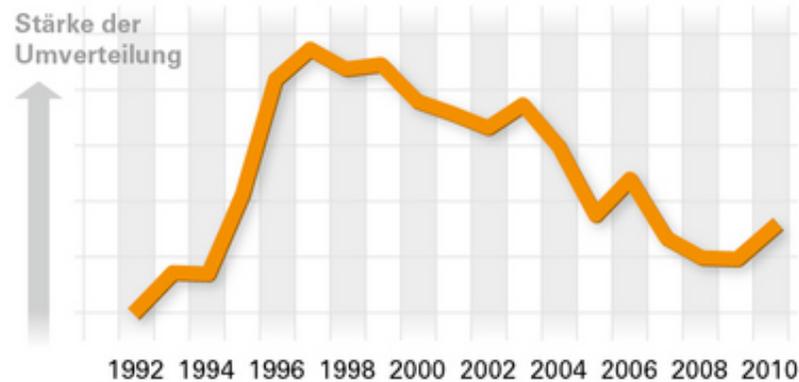
Grafik: IG Metall, Grundsatzfragen

Staatlicher Ausgleich fehlt

In Deutschland entwickelte sich die **Ungleichheit*** der ...

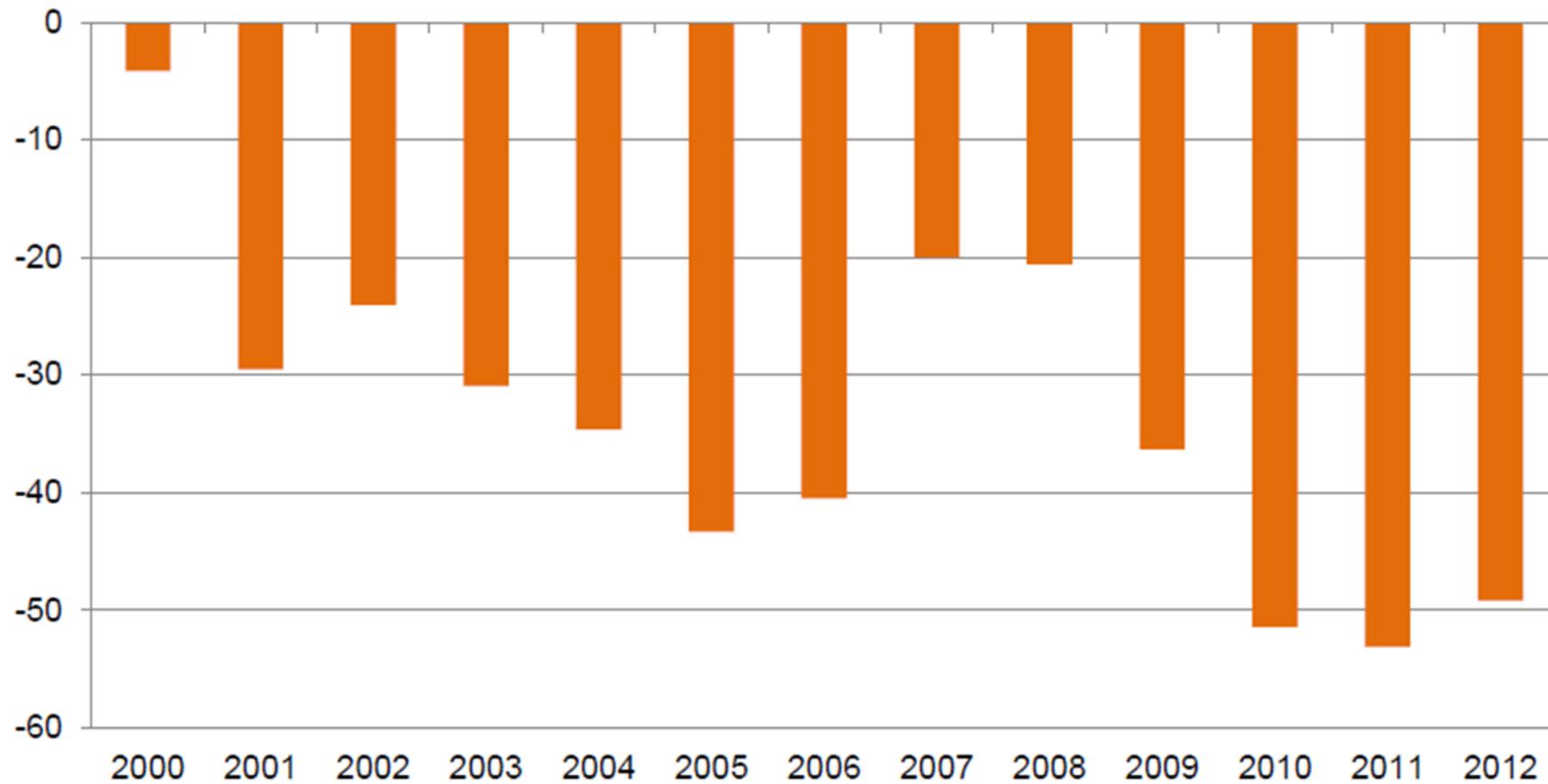


So wirkte die staatliche Umverteilung ...



* Gini-Koeffizient, 0 = vollkommen egalitär, 1 = maximal ungleich
Quelle: Schmid u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Mindereinnahmen gegenüber den Stand des Steuerrechts von 1998 in Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen von Kai Eicker-Wolf und Achim Truger

Schuldenbremsen machen Antikrisenpolitik unmöglich

**Verschärfte Maastrichtkriterien, Schuldenbremse
und Fiskalpakt knebeln staatliche Aktivitäten**

Untaugliches Instrument zum Schuldenabbau

**Auf der Strecke bleiben die Investitionen, die
sozialen Sicherungssysteme und aktive
Wirtschaftspolitik**

Immer strengere Regeln zur Begrenzung öffentlicher Schulden

➤ *Alte Schuldenbremse (goldene Regel):*

Neuverschuldung ist im Umfang der öffentlichen Investitionen möglich.
Ausnahme bei Vorliegen eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts.

➤ *Europäische Schuldenbremse (Maastricht-Kriterien):*

Vorraussetzung zum Beitritt in die Wirtschafts- und Währungsunion (Euro-Zone). Die **Neuverschuldung darf 3 Prozent** der Wirtschaftsleistung, der **Schuldenstand 60 Prozent** der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen.

Angestrebt wird ein ausgeglichener Haushalt. Ausnahme nur in außergewöhnlichen Notsituationen.

Neue Schuldenbremse:

Die **strukturelle Verschuldung darf 0,35 Prozent**, die **konjunkturelle Verschuldung 1,5 Prozent** der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen. Die konjunkturelle Verschuldung muss über den Zyklus ausgeglichen sein.

Grundlage ist der staatliche Gesamthaushalt, einschließlich Sozialversicherungen und Nebenhaushalten. Privatisierungserlöse werden nicht berücksichtigt. Ausnahme nur in außergewöhnlichen Notsituationen

Referenzjahr für den Abbau der Verschuldung ist 2010. Die Schuldenfreiheit muss **2016** erreicht sein.

Die Bundesländer dürfen sich strukturell nicht verschulden. Die Schuldenfreiheit muss für sie **2020** erreicht sein. Die Kommunen gehören rechtlich zu den Bundesländern.

Die Konsequenz der Schuldenbremse: um die Kosten der Krise und der Steuergeschenke zu bezahlen, werden Investitionen, öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialleistungen massiv gekürzt. Wir alle zahlen die Zeche, nicht der staatlichen Schulden, sondern der Schuldenbremse.

Die aktuelle Steuerdebatte

**Kalte Progression als Einfallstor für weitere
Steuersenkungen**

**Es wird der Eindruck stark steigender
Steuereinnahmen vermittelt**

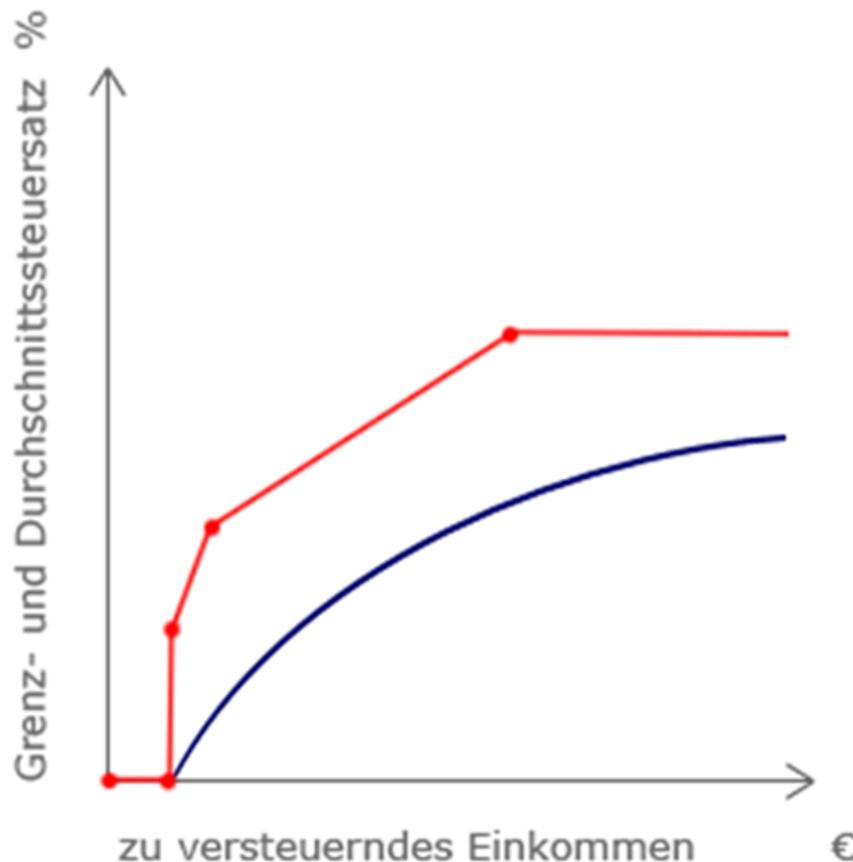
**Vor der Wahl forderten alle
Oppositionsparteien höhere Steuern und
gerechtere Verteilung der Steuerlasten**

Vom Einkommen bleiben die ersten 8.354 Euro steuerfrei (Grundfreibetrag).

Ab einem Einkommen von 8.354 Euro steigt der Grenzsteuersatz stetig. Er wächst von 14 Prozent auf 42 Prozent bei einem zu versteuernden Einkommen von 52.882 Euro.

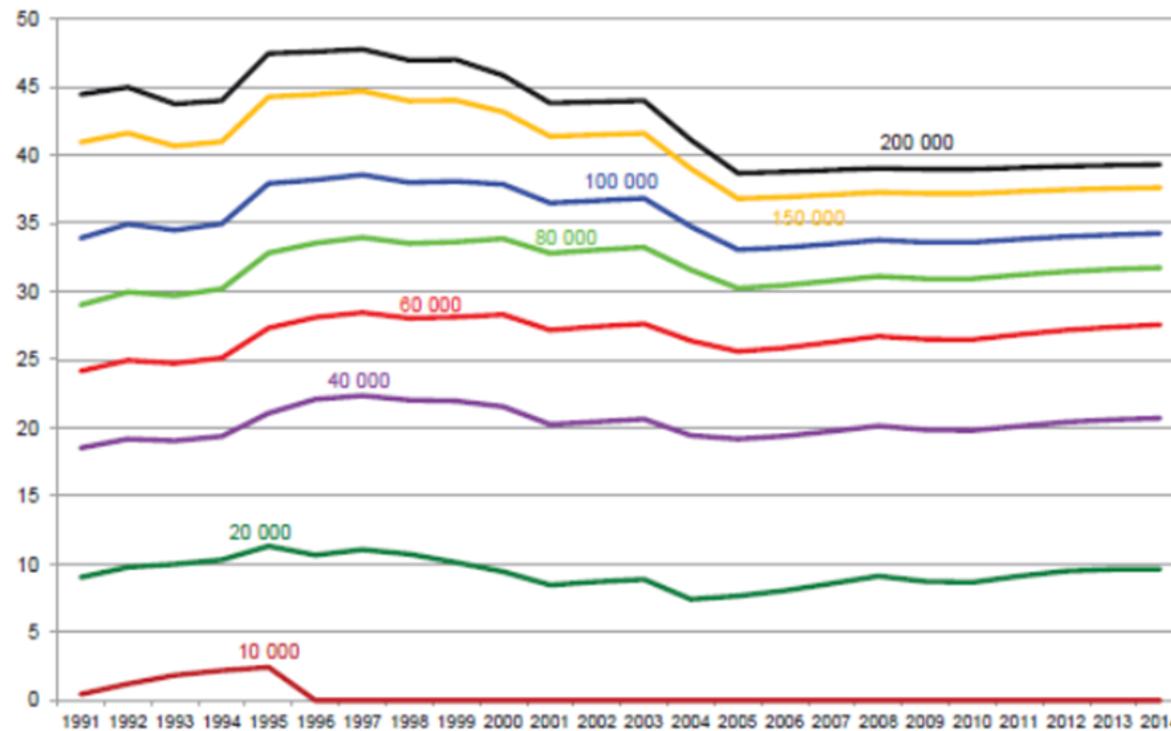
Der Grenzsteuersatz gibt den Steuersatz wieder, mit dem der nächste Euro des zu versteuernden Einkommens zu versteuern ist.

Beispiel: Während der 8.354ste Euro noch mit einem Steuersatz von 0 Prozent belastet wird, gilt für den 8.355sten Euro ein Steuersatz von 14 Prozent.



Einkommensteuerbelastung für alternative Realeinkommen des Jahres 2014

Ledige Alleinverdienerin ohne Kinder (Steuerklasse I), in % des Bruttoeinkommens bei konstanten steuerlichen Abzugsbeträgen 1991 bis 2014



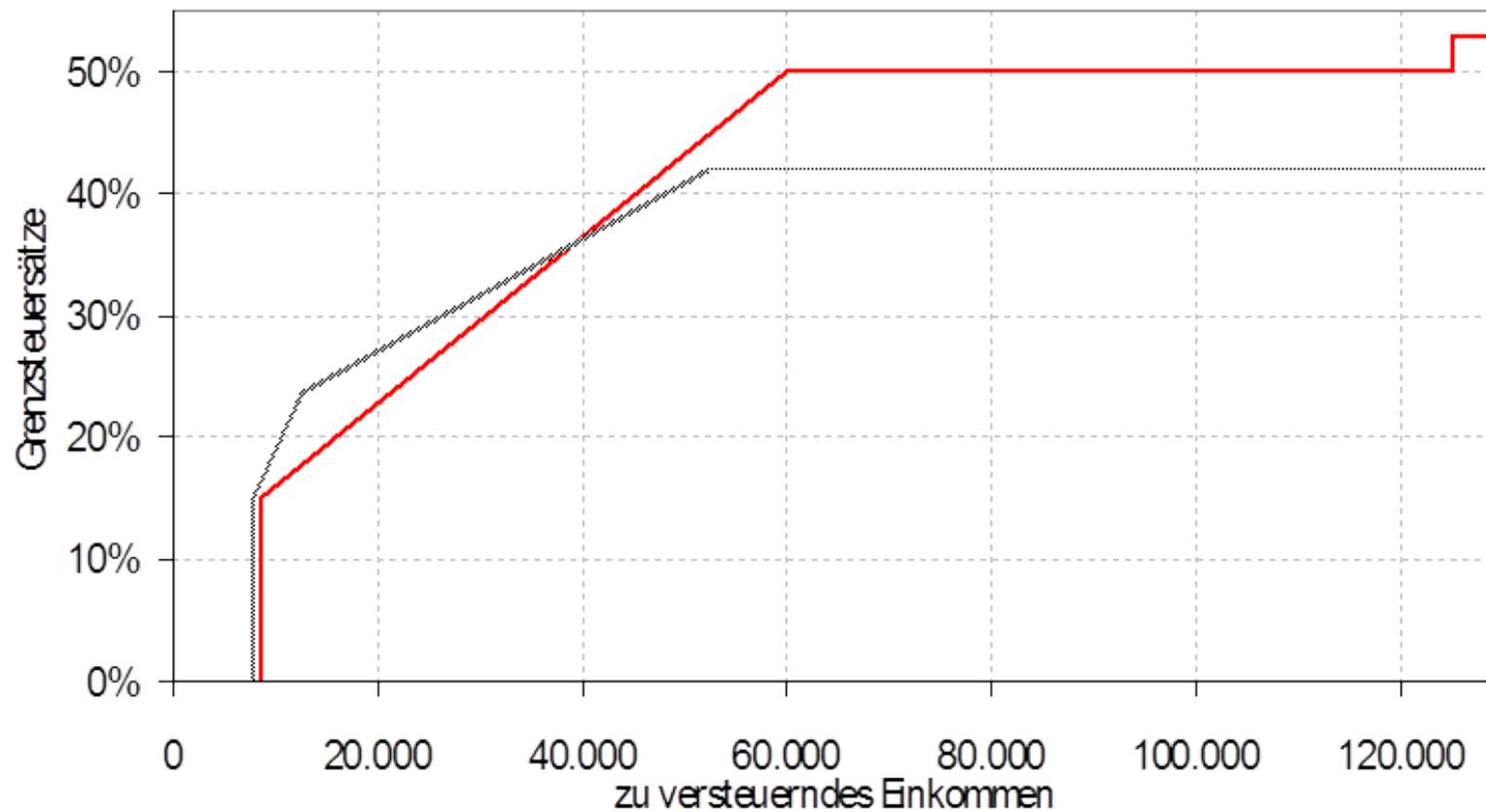
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IMK.

Steuerrekorde oder staatliche Unterfinanzierung

- Es wird der Eindruck vermittelt: Noch nie seien die Steuerquellen so reichlich geflossen wie derzeit. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen eine Banalität: **In 58 von 64 Jahren gab es in Deutschland Steuerrekorde.** Bei einer wachsenden Wirtschaft und Preissteigerungen selbstverständlich.
- Auch die **Steuerquote** ist mit 22,5 Prozent (2012) auf einem relativ hohen Niveau. Allerdings müssen hier Umschichtungen in die Sozialversicherung und die fehlende Neuverschuldung „eingepreist“ werden. Um diese Faktoren korrigiert läge die Steuerquote nur noch bei 18,5 Prozent – ein absoluter **Minusrekord.**

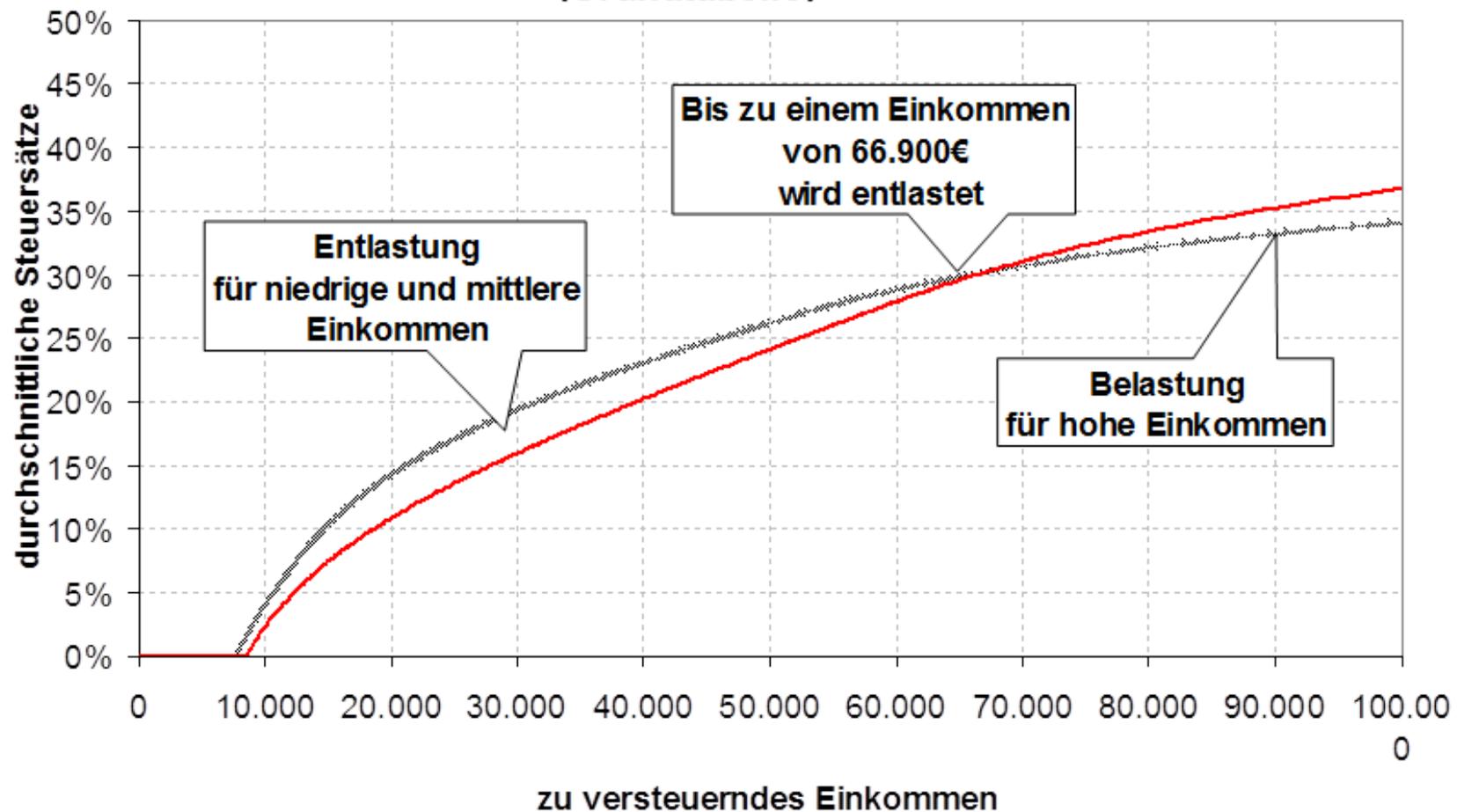


Tarifverlauf 2008 und DGB-Tarifverlauf (Grundtabelle)
Grenzsteuersätze





Tarifverlauf 2008 und DGB-Tarifverlauf
(Grundtabelle)



Die Steuervorschläge der Oppositionsparteien bedeuten, dass „... *jenseits eines jährlichen Bruttoeinkommens von 70.000 Euro (Bündnis 90/Die Grünen), 78.000 Euro (SPD) bzw. 81.000 Euro (Die Linke) mit einer Mehrbelastung durch die Reformvorschläge zu rechnen wäre.*“

- **IMK Report 81, April 2013**

Besteuerung von Vermögen ungenügend

Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben

Extrem ungleiche Vermögensverteilung

**Im internationalen Vergleich kaum
Besteuerung von Vermögen in Deutschland**

Individuelles* Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



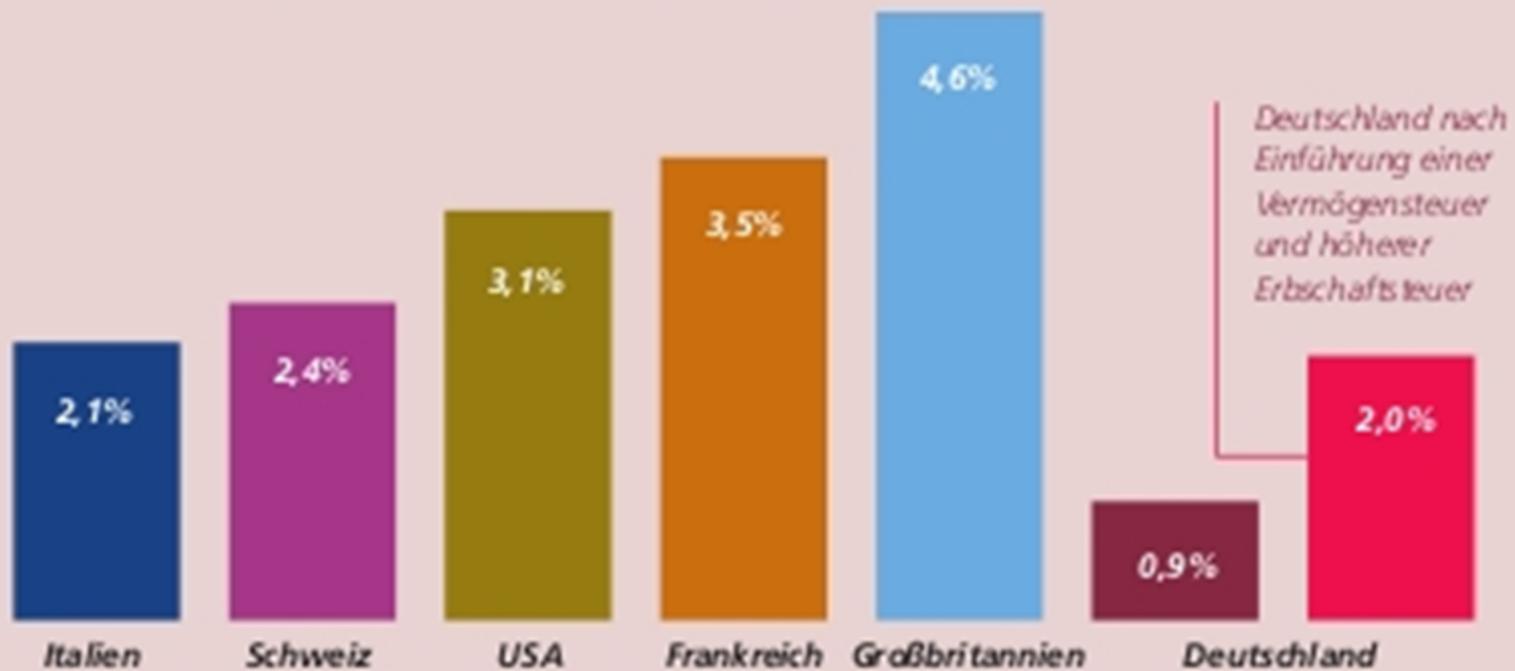
Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Nach Schätzungen des DIW (DIW-Wochenbericht 42/2012) entfallen auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Nettovermögens. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über 36 Prozent des Nettovermögens. Besonders viel Vermögen ist bei ganz wenigen Reichen konzentriert. 0,1 Prozent der Bevölkerung, also ein Tausendstel, verfügen über 22 Prozent des Nettovermögens in Deutschland.

Deutschland Steueroase für Reiche

Steuern auf Eigentum* in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2007



*Vermögen-, Erbschaft-, Grund- u. a. Steuern auf Eigentum - Quelle: OECD Revenue Statistics 2008

➤ **Grundsteuer**

Von den Verteilungswirkungen sehr kritisch. Da die Grundsteuer im Mietwohnungsbau auf die Mieter überwältzt werden kann, werden nicht nur Vermögende zur Kasse gebeten. Kommunale Steuer.

➤ **Vermögensteuer**

Offiziell noch Gesetz, wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Reine Ländersteuer. Steuersatz war 1 Prozent.

➤ **Vermögensabgabe**

Einmalige Abgabe auf Vermögen in außergewöhnlichen Situationen. In der Bundesrepublik bisher einmal 1949 als Lastenausgleich erhoben (50 Prozent auf alle Vermögen, mit Freibeträgen). Erhebung wurde zeitlich gestreckt bis 1979.

In außergewöhnlichen Situationen können nach dem Grundgesetz große Vermögen durch eine einmalige Abgabe zur Bewältigung dieser Probleme herangezogen werden. Historisches Vorbild ist die Vermögensabgabe aus dem Jahre 1949. Damals wurde eine Abgabe von 50 Prozent auf alle Nettovermögen (mit Freibeträgen) erhoben. Die Erhebung wurde auf einen Zeitraum von 30 Jahren gestreckt und bis 1979 vollzogen. Die Zahlungen erfolgten vierteljährlich.

Programm für einen alternativen Entwicklungsweg

Eine gigantische Investitionslücke in Deutschland wird mittlerweile allgemein anerkannt.

Ausgangspunkt sind gesellschaftliche Bedarfe, die nicht vom Markt gedeckt werden.

Ein Investitions- und Ausgabenprogramm steigert Beschäftigung und Masseneinkommen.

Ausgaben für ein Investitionsprogramm

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert zunächst Mehrausgaben von 25 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

➤ Bildungsausgaben:	25,0 Milliarden Euro
Allgemeinbildende Schulen	4,0 Milliarden Euro
Kindertagesstätten	7,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	2,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	5,5 Milliarden Euro

Ausgaben für ein Investitionsprogramm

Andere Felder für zusätzliche öffentliche Ausgaben und Investitionen:

- ➔ **Verkehrsinfrastruktur: 10,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Kommunale Ausgaben: 10,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Energetische Gebäudesanierung: 5,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Lokale Pflegeinfrastruktur: 20,0 Milliarden Euro**
- ➔ **Arbeitsmarkt: 30,0 Milliarden Euro**

Ausgaben für ein Investitionsprogramm

➤ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 10 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➤ **Anhebung Alg. II auf 500 Euro: 20 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.

Umdenken in der Finanzpolitik: Sozial gerechte Steuermehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden

Alternativen der Steuerpolitik – die wichtigsten Instrumente



Vermögensteuer

Einführung einer dauerhaften Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent. Der Freibetrag beträgt 500.000 Euro, für Paare das Doppelte und 100.000 Euro je Kind.

Die Vermögensteuer fließt einem Fonds zu, aus dem die Zinszahlungen für die Altschulden von Ländern und Kommunen bedient werden.

Vermögensabgabe

Der Steuersatz einer einmaligen Vermögensabgabe beträgt auf zehn Jahre verteilt jeweils zwei Prozent.

Die Abgabe erfolgt von privaten Personen sowie von Betrieben auf der Basis des Betriebsvermögens. Der Freibetrag beträgt eine Million Euro, ein zusätzlicher Kinderfreibetrag 250.000 Euro und der Freibetrag für Betriebsvermögen zwei Millionen Euro.

Das Aufkommen kommt dem Bundeshaushalt zugute und kann zum Schuldenabbau verwendet werden.

Erbschafts- und Schenkungsteuer

Zur gerechten Besteuerung großer Vermögen ist eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer erforderlich.

Die von der letzten Bundesregierung durchgesetzte Verschonung des Betriebsvermögens ist wieder rückgängig zu machen. Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden; die Freibeträge sind zu kürzen.

Einkommensteuer

Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer wird auf 53 Prozent erhöht, und die Spitzenbesteuerung beginnt ab einem zu versteuernden Einkommen von 67.000/134.000 Euro (alleinstehend/verheiratet).

Der Eingangssteuersatz setzt mit 14 Prozent bei 8.500/17.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) ein. Vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz steigt die Steuerbelastung linear an.

Die derzeit geltende Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte mit 25 Prozent wird abgeschafft; Kapitaleinkünfte unterliegen der Besteuerung mit dem individuellen Einkommensteuersatz.

Das immer noch geltende Ehegattensplitting, das Alleinverdienerinnen bzw. Alleinverdiener innerhalb der Familie im Bereich des Spitzensteuersatzes bevorteilt, ist nach einer Einrichtung von Übergangsregeln abzuschaffen.

Unternehmensbesteuerung

Der Körperschaftsteuersatz für die Kapitalgesellschaften wird von derzeit 15 auf 30 Prozent erhöht.

Die Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen müssen wieder besteuert werden.

Die derzeitige Gewerbesteuer sollte als wichtigste autonome Einnahmequelle der Kommunen in eine aufkommensstarke und stabile Gemeindewirtschaftsteuer umgebaut werden.

Besteuerung der Finanzmärkte

Die Besteuerung aller Finanztransaktionen (Tobin-Tax) muss endlich realisiert werden. Der Entwurf der EU-Kommission sieht einen Steuersatz von 0,2 Prozent auf Anteile und Anleihen sowie von 0,02 Prozent auf Derivatkontrakte vor (wobei Verkäufer und Käufer jeweils die Hälfte der Steuersätze tragen).

Steuerschlupflöcher und Steueroasen müssen geschlossen werden.

Mehrwertsteuer

Bei der Mehrwertsteuer sollen existenzwichtige Güter und Dienstleistungen nicht (etwa Arztleistungen) oder lediglich mit sieben Prozent besteuert werden – statt mit dem Normalsteuersatz von 19 Prozent wie bisher.

Eine Erhöhung des Normalsteuersatz bei der Mehrwertsteuer lehnt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik strikt ab. Die Verteilungswirkungen einer solchen Erhöhung wären besonders negativ.